

Einladung

Gremium: Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss - öffentlich

Sitzungstermin: Montag, 18.02.2013, 16:00 Uhr

Ort, Raum: AWO Wohnanlage am Mühlenhof, Mühlenstraße 80, 26180 Rastede

Rastede, den 07.02.2013

1. An die Mitglieder des Kinder-, Jugend- und Sozialausschusses

2. nachrichtlich an die übrigen Mitglieder des Rates

Hinweis: Vor der öffentlichen Ausschusssitzung findet um 14:30 Uhr eine Begehung / Führung durch die AWO Wohnanlage am Mühlenhof statt.

Hiermit lade ich Sie im Einvernehmen mit dem Ausschussvorsitzenden zu einer Sitzung mit öffentlichen Tagesordnungspunkten ein.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung**
- TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
- TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 08.10.2012**
- TOP 4 Entgelte der Kindertagesstätten
Vorlage: 2013/015**
- TOP 5 Weitere Hortgruppe in Wahnbek
Vorlage: 2013/010**
- TOP 6 Fortführung der Hortgruppe in Hahn-Lehmden
Vorlage: 2013/011**
- TOP 7 Erweiterung der Kinderkrippe im Gebäude Sozialstation
Vorlage: 2013/014**
- TOP 8 Schließung der Sitzung**

Mit freundlichen Grüßen
gez. von Essen
Bürgermeister

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2013/015**

freigegeben am 05.02.2013

GB 2

Sachbearbeiter/in: Herr Fritz Sundermann

Datum: 05.02.2013**Entgelte der Kindertagesstätten****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	18.02.2013	Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss
N	19.02.2013	Verwaltungsausschuss
Ö	12.03.2013	Rat

Beschlussvorschlag:

Ohne.

Sach- und Rechtslage:

In dieser Vorlage werden die bisherigen Beratungsergebnisse, Stellungnahmen der Elternvertretungen, der Antrag der Gruppe CDU/FFR/FDP, der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie der Antrag der SPD-Fraktion zusammengefasst dargestellt. Im Übrigen wird auf die bisherigen Vorlagen Bezug genommen.

I. Verwaltungsvorlage

Die Verwaltung hat mit Vorlage 2012/184 vom 24.09.2012 einen Vorschlag zur Änderung der Entgeltregelung der Kindertagesstätten mit Wirkung ab dem 01.01.2013 unterbreitet.

Kernpunkte der Vorlage sind:

- Vorschlag einer prozentualen Erhöhung der jeweiligen Betreuungsentgelte ab dem 01.01.2013 (mit Ausnahme der Krippenentgelte), um die gewünschte Quote von 25 % aus Elternentgelten zu erreichen.
- Vorschlag einer Veränderung bei der Geschwisterermäßigung ab dem 01.01.2013 dahingehend, dass beim ersten und jedem weiteren Geschwisterkind das Entgelt um 25 % ermäßigt wird.
(Hinweis: Geltende Beschlusslage für die Geschwisterermäßigung ist eine Reduzierung beim 1. Geschwisterkind um 50 %. Für das 2. und jedes weitere Geschwisterkind ist kein Entgelt zu zahlen.)

II. Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss

Der Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss hat in seiner Sitzung am 08.10.2012 mehrheitlich nachfolgende Beschlussempfehlung abgegeben:

Beschlussauszug
öffentliche Sitzung des Kinder-, Jugend- und Sozialausschusses vom 08.10.2012

Tagesordnungspunkt 7

Entgelte der Kindertagesstätten
Vorlage: 2012/184

Sitzungsverlauf:

Herr Sundermann stellt anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage 3 der Niederschrift *[innerhalb der Vorlage 2013/015 nicht beigelegt]*) die wesentlichen Inhalte der Vorlage heraus und erläutert an einigen Beispielen die Auswirkungen der angedachten Gebührenanpassung.

Herr Segebade bittet darum, die angestellten Vergleichsberechnungen soweit möglich bereits im Vorfeld der Beratungen den Fraktionen zur Verfügung zu stellen.

Herr Wessels legt dar, dass es sich bei Anpassung der Gebühren um eine moderate Erhöhung handelt, wobei lediglich die gestiegenen Personal- und Bewirtschaftungskosten weitergegeben werden.

Frau Koopmann bemerkt, dass die SPD-Fraktion auch diesmal der Erhöhung der Kita-Gebühren nicht zustimmen wird und grundsätzlich ihrer Linie treu bleiben wird, einkommensschwache Familien nicht noch mehr zu belasten.

Her Köver weist darauf hin, dass durch die vorgesehene Veränderung bei der Geschwisterregelung teilweise erhebliche Mehrbelastungen auf die Familien zukommen. Er betont, dass es zwar verständlich ist, bisher aufgetretene Verwerfungen bei der Geschwisterregelung auszugleichen, gleichwohl muss aber auch überlegt werden, unter sozialpolitischen Aspekten eine sinnvolle familienfreundliche Staffelung zu finden, um Familien mit mehreren Kindern nicht zu sehr zu belasten.

Auf Nachfrage von Herrn Köver erläutert Herr Sundermann, dass nach der heutigen Empfehlung durch den Fachausschuss in den nächsten Tagen die Thematik auch mit den Elternbeiräten erörtert und dabei auch eine Stellungnahme erbeten wird.

Herr Alexander von Essen macht darauf aufmerksam, dass vor dem Hintergrund der allgemeinen Kostensteigerung und der aktuellen Haushaltslage kaum Handlungsspielraum bleibt. Bezug nehmend auf die Forderung der SPD-Fraktion hinterfragt er, wie im konkreten Fall die Gegenfinanzierung aussehen soll.

Frau Fisbeck bemerkt, dass der Elterngeldanteil ursprünglich mal 30 Prozent betragen sollte und inzwischen nicht einmal mehr 25 Prozent erreicht. Vor dem Hintergrund der sehr guten Arbeit, die in den Kindertagesstätten geleistet wird, und den gestiegenen Personal- und Energiekosten ist aus ihrer Sicht die Anpassung der Entgelte durchaus vertretbar.

Herr Süre führt aus, dass mit der neuen Entgeltregelung ein falsches Zeichen gesetzt wird, wobei insbesondere Familien mit mehreren Kindern enorm belastet werden.

Frau Eyting erläutert, dass die Gemeinde Rastede mit den Gebührensätzen schon am oberen Preissegment angelangt ist und Kindertagesstätten laut Gesetz nicht gehalten sind, kostendeckend zu arbeiten. Im Übrigen sollte der von allen Fraktionen gewünschte Haushaltsausgleich nicht zulasten der sozial Schwächeren gehen, sondern in der Gesamtbetrachtung aller Gebühren und Steuern erfolgen.

Frau Pfeifer unterstreicht noch einmal die Forderung von Herrn Alexander von Essen nach einem Deckungsvorschlag und erklärt ergänzend, dass den Eltern grundsätzlich klar sein müsste, dass zunehmende Energie- und Personalkosten letztendlich auch steigende Gebühren zur Folge haben.

Bürgermeister von Essen weist abschließend darauf hin, dass die von Frau Eyting gewünschte Gesamtbetrachtung des Haushaltes im Finanz- und Wirtschaftsausschuss am 3. Dezember erfolgt und eine Entscheidung über das Zahlenwerk letztendlich in der Ratssitzung am 11. Dezember vorgesehen ist.

Beschlussempfehlung:

A)

Die Richtlinie zur Entgeltregelung der Kindertagesstätten wird mit Wirkung ab dem 01.01.2013 wie folgt neu gefasst:

„Richtlinie zur Entgeltregelung der Kindertagesstätten

1. Der Anteil der Elternentgelte an den Ausgaben des Ergebnishaushaltes soll ab dem 01.01.2011 = 25 % betragen. Dabei werden die besondere Finanzhilfe des Landes für die Freistellung von Elternbeiträgen im letzten Kindergartenjahr und die Zuschüsse für Integrationsgruppen den Elternentgelten zugerechnet. Die Ansätze des Finanzhaushaltes bleiben außer Betracht.
2. Die Entgelte werden in Form eines Fixbetrages erhoben, der in Abhängigkeit derjenigen Kinder erhoben wird, die zur Zeit der Entgelterhebung im Haushalt leben. Das Entgelt ist hierbei ab 4 Kindern gleich bleibend.
3. Besuchen aus einer Familie gleichzeitig mehrere Kinder eine Kindertagesstätte, so ermäßigt sich das Entgelt beim 1. und für jedes weitere Geschwisterkind um 25 %. Diese Ermäßigung gilt nicht für die Entgelte der Sonderdienste und für das Essengeld.
4. Für Sonderdienste (Früh-/Mittagdienst) werden Entgelte für g a n z e Monate erhoben.“

B)

Aufgrund der „Richtlinie zur Entgeltregelung der Kindertagesstätten“ werden die Entgelte für die kommunalen Kindergärten ab dem 01.01.2013 wie folgt neu festgesetzt:

Krippe:

Entgelte für die Regelbetreuung 5 Stunden vormittags: 240,-- Euro

Entgelte für Sonderdienste: Früh- bzw. Mittagsdienst je ½ Stunde 20,-- Euro

Kindergarten:

Entgelte für die Regelbetreuung 4 Stunden vormittags oder nachmittags:

Im Haushalt lebende Kinder:	1 = 96,-- Euro
	2 = 91,-- Euro
	3 = 86,-- Euro
	4 und mehr = 81,-- Euro

Entgelte für die Regelbetreuung 5 Stunden vormittags oder nachmittags:

Im Haushalt lebende Kinder:	1 = 118,-- Euro
	2 = 113,-- Euro
	3 = 108,-- Euro
	4 und mehr = 103,-- Euro

Entgelte für die Ganztagesbetreuung:

Im Haushalt lebende Kinder:	1 = 200,-- Euro
	2 = 190,-- Euro
	3 = 180,-- Euro
	4 und mehr = 170,-- Euro

Entgelte für die Schnuppergruppe:

Im Haushalt lebende Kinder:	1 = 41,-- Euro
	2 = 38,-- Euro
	3 = 35,-- Euro
	4 und mehr = 32,-- Euro

Entgelte für Sonderdienste:

Früh- bzw. Mittagsdienst je ½ Stunde 11,-- Euro
Essensgeld für Ganztagesgruppen 58,-- Euro

Hort:

Entgelte für die Regelbetreuung 4 ¼ Stunden nachmittags:

Im Haushalt lebende Kinder:	1 = 114,-- Euro
	2 = 109,-- Euro
	3 = 104,-- Euro
	4 und mehr = 99,-- Euro

Entgelte für Sonderdienste:

Essensgeld 58,-- Euro

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	5
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

III. Verwaltungsausschuss

Der Verwaltungsausschuss hat in seiner Sitzung am 10.12.2012 die Thematik „Entgelte der Kindertagesstätten“ nebst den Änderungsanträgen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe CDU/FFR/FDP zur weiteren Beratung in den Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss verwiesen.

IV. Rat

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 11.12.2012 aufgrund des vorstehenden Verwaltungsausschussbeschlusses die Thematik „Entgelte der Kindertagesstätten“ von der Tagesordnung abgesetzt.

V. Elternvertretungen

Gemäß § 10 des Gesetzes über Tagesstätten für Kinder (KiTaG) können die Beiräte der Kindertagesstätten bzw. der Gemeindeelternrat für Kindertagesstätten Vorschläge zur Regelung der Elternentgelte machen. Die Verwaltung hat die Elternvertretungen mit Schreiben vom 10.10.2012 über die Beschlussempfehlung informiert und um ggf. Rückäußerung hierzu gebeten; daraufhin sind die beigefügten Stellungnahmen eingegangen (Anlagen 8-11).

Hinsichtlich des Zeitpunktes der Entgeltanpassung wird von den Eltern vorgeschlagen, diese erst zum Beginn des neuen Kindergartenjahres, also ab dem 01.08.2013 vorzunehmen. Außerdem wird von den Eltern insbesondere die vorgesehene Veränderung bei der Freistellung der zweiten und weiterer Geschwisterkinder abgelehnt.

VI. Antrag Gruppe CDU/FFR/FDP

Die Gruppe CDU/FFR/FDP hat mit Schreiben vom 06.11.2012 einen Änderungsantrag zur Entgeltregelung der Kindertagesstätten gestellt und diesen mit weiterem Schreiben vom 27.11.2012 modifiziert (Vorlage 2012/055; Anlagen 1-3).

Kernpunkte des Antrages sind:

- Die prozentualen Anpassungen der Elternentgelte (Anmerkung: wie sie vom Kinder-, Jugend und Sozialausschuss mehrheitlich empfohlen worden sind), treten erst zum 01.08.2013 in Kraft.
 - Die Ermäßigung des Entgelts beträgt ab dem 01.08.2014 beim 1. Geschwisterkind 25 % und beim 2. Geschwisterkind 50 % (übergangsweise vom 01.08.2013 bis 31.07.2014 beim 2. Geschwisterkind = 75 %).
- Für jedes weitere Geschwisterkind ist kein Entgelt zu entrichten.

VII. Antrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat mit Schreiben vom 27.11.2012 ebenfalls einen Änderungsantrag zur Entgeltregelung der Kindertagesstätten gestellt (Vorlage 2012/256; Anlagen 4-5).

Kernpunkte des Antrages sind:

- Die prozentualen Anpassungen der Elternentgelte (Anmerkung: wie sie vom Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss mehrheitlich empfohlen worden sind), treten erst zum 01.08.2013 in Kraft.
 - Nur für ein Kind in einer Kindertagesstätte ist ein Entgelt zu zahlen, alle weiteren Geschwisterkinder sind entgeltfrei (mit Ausnahme der Sonderdienste).
- Bei mehreren gleichzeitig betreuten Kindern wird das höhere Entgelt fällig.

VIII. Antrag SPD-Fraktion

Die SPD-Fraktion hat mit Schreiben vom 30.01.2013 ebenfalls einen Änderungsantrag zur Entgeltregelung der Kindertagesstätten gestellt (Anlagen 6-7).

Kernpunkte des Antrages sind:

- Die prozentualen Anpassungen der Elternentgelte (Anmerkung: wie sie vom Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss mehrheitlich empfohlen worden sind) erfolgen nicht.
- Beginnend ab dem 01.08.2013 werden die Entgelte jeweils zum 01.08. eines jeden Jahres um 20 % gesenkt. Ab dem 01.08.2017 ist damit kein Entgelt mehr zu zahlen.
- Die Geschwisterermäßigung beträgt unverändert beim 1. Geschwisterkind 50 %, alle weiteren Geschwisterkinder sind entgeltfrei.

Finanzielle Auswirkungen:

Antrag Gruppe CDU/FFR/FDP

Die Entgeltanpassung würde für die kommunalen Kindergärten Mehreinnahmen im Jahre 2013 in Höhe von rd. 1.000 Euro für das Essensgeld und von rd. 30.900 Euro für Benutzungsentgelte (davon rd. 7.900 Euro aus der Reduzierung der Geschwisterermäßigung auf 25 %) bedeuten. Daneben würden sich die Zuschussbedarfe der Diakonischen Werke Hahn-Lehmden und Wahnbek um insgesamt rd. 17.000 Euro sowie für die Krippen um rd. 20.880 Euro verringern.

Antrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Allein für die fünf kommunalen Kindergärten würden sich nach den heutigen Entgelten Mindereinnahmen infolge Wegfalls des Entgeltes für das 2. Kind im Kindergarten von rd. 20.600 Euro bzw. infolge Wegfalls des Kindergartenentgeltes wegen gleichzeitiger Krippenbetreuung von rd. 5.000 Euro, insgesamt also von jährlich rd. 25.600 Euro, ergeben. Dagegen stehen 1.000 € Mehreinnahmen für das erhöhte Essensgeld. Demgegenüber stünden geringere Zuschüsse an die Krippe Rasselbande in Höhe von rd. 17.300 Euro. Kumuliert würde sich für die Gemeinde eine Mehrbelastung nur für die kommunalen Kindergärten von rd. 7.300 Euro errechnen.

Hinzu kämen die Mindereinnahmen bei den Diakonischen Werken Hahn-Lehmden und Wahnbek sowie geringere Zuschüsse für die Krippen in Hahn-Lehmden und Wahnbek, die noch ermittelt werden müssten.

Antrag SPD-Fraktion

Derzeit werden ca. 506.000 € Einnahmen aus Elternentgelten in den Kindergärten (kommunale Kindergärten, Diakonische Werke Hahn-Lehmden und Wahnbek, Spielkreis Rastede-Nord, Kindergarten Delfshausen) und ca. 165.000 € aus Elternentgelten in den Krippen erzielt, insgesamt also rd. 671.000 € jährlich.

Hiervon ausgehend, wären im Jahr 2013 rd. 56.000 € im Jahr 2014 rd. 190.200 € im Jahr 2015 rd. 324.400 € im Jahr 2016 rd. 458.600 € im Jahr 2017 rd. 592.800 € und ab dem Jahr 2018 rd. 671.000 € jährlich gegen zu finanzieren. Entsprechende Gegenfinanzierungsvorschläge wurden nicht unterbreitet.

Anlagen:

- Anlage 1 – Antrag Gruppe CDU/FFR/FDP
- Anlage 2 – Modifizierung zum Antrag Gruppe CDU/FFR/FDP
- Anlage 3 – Beispiele zum Antrag Gruppe CDU/FFR/FDP
- Anlage 4 – Antrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- Anlage 5 – Beispiele zum Antrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- Anlage 6 – Antrag SPD-Fraktion
- Anlage 7 – Beispiele zum Antrag SPD-Fraktion
- Anlage 8 – Stellungnahme Gemeindeelternrat Kindertagesstätten
- Anlage 9 – Stellungnahme Elternbeirat Kindergarten Wahnbek
- Anlage 10 – Stellungnahme Elternvertreter Krippen Feldbreite und Südender Straße
- Anlage 11 – Stellungnahme Elternvertreter Krippe Wahnbek



Susanne Lamers
Fraktionsvorsitzende

CDU FRAKTION, Ringstraße 325, 26180 Rastede
Herrn Bürgermeister
Dieter von Essen
Sophienstraße 27

Telefon: 04402 4969
Mobil: 0171 7785618
E-Mail: slamers@t-online.de
Internet: www.cdu-rastede.de

26180 Rastede

Rastede, den 06.11.2012

Sehr geehrter Herr Bürgermeister von Essen,

die Gruppe aus CDU Fraktion, der FFR Fraktion und der FDP stellt hiermit folgenden Antrag:

Die Richtlinie zur Entgeltregelung der Kindertagesstätten bezüglich des Punktes 3 wird wie folgt geändert:

Besuchen aus einer Familie gleichzeitig mehrere Kinder eine Kindertagesstätte, so ermäßigt sich das Entgelt beim 1. Geschwisterkind um 25 % und beim 2. Geschwisterkind um 50 %. Für jedes weitere Geschwisterkind ist kein Entgelt zu entrichten. Diese Ermäßigung gilt nicht für Entgelte der Sonderdienste und für das Essengeld.

Begründung:

Die Entgelte für den Besuch von Kindertagesstätten sind so zu bemessen, dass die wirtschaftliche Belastung für die Sorgeberechtigten zumutbar ist.

Der Rat der Gemeinde Rastede hat im Jahr 2000 entschieden, dass die Kindergartenentgelte nur noch nach der Zahl der im Haushalt lebenden Kinder zu staffeln ist. Die Entgelte werden in Form eines Fixbeitrages erhoben, der in Abhängigkeit derjenigen Kinder erhoben wird, die zur Zeit der Entgelterhebung im Haushalt leben. Das Entgelt ist hierbei ab 4 Kindern gleichbleibend.

Die bisherige Regelung sieht vor, dass wenn aus einer Familie gleichzeitig mehrere Kinder eine Kindertagesstätte besuchen, das Entgelt sich beim 1. Geschwisterkind um 50 Prozent ermäßigt und für das 2. und jedes weitere Geschwisterkind kein Entgelt zu zahlen ist.



Susanne Lamers
Fraktionsvorsitzende

CDU FRAKTION, Ringstraße 325, 26180 Rastede

Telefon: 04402 4969
Mobil: 0171 7785618
E-Mail: slamers@t-online.de
Internet: www.cdu-rastede.de

In der Beschlussvorschläge bezüglich der Richtlinien zur Entgeltregelung schlägt die Verwaltung nun vor, dass sich der Betrag beim 1. und jedem weiteren Geschwisterkind um 25 Prozent reduziert.

Während der Beratungen im Fachausschuss wurde vom zuständigen Geschäftsbereich die angedachte neue Regelung anhand konkreter Zahlen vorgestellt. Die Thematik wurde zwischenzeitlich außerdem mit den Elternbeiräten erörtert.

Wie sich nun herauskristallisiert, stellt die angestrebte Neuregulierung der Geschwisterregelung eine unverhältnismäßig hohe Mehrbelastung der Familien mit mehreren Kindern dar. Der Mehrwert für die Gemeinde steht hierzu in keinem Verhältnis.

Wir möchten auch in Zukunft Rahmenbedingungen für eine familienfreundliche Kinderbetreuung schaffen.

Mit freundlichem Gruß

Susanne Lamers
CDU Fraktion

Rainer Zörgiebel
FFR Fraktion

Evelyn Fisbeck
FDP



Susanne Lamers
Fraktionsvorsitzende

Telefon: 04402 4969
Mobil: 0171 7785618
E-Mail: slamers@t-online.de
Internet: www.cdu-rastede.de

CDU FRAKTION, Ringstraße 325, 26180 Rastede
Herrn Bürgermeister
Dieter von Essen
Sophienstraße 27

26180 Rastede

Rastede, den 27.11.2012

Antrag der Mehrheitsgruppe Entgelte Kindertagesstätten

Sehr geehrter Herr Bürgermeister von Essen,

ich nehme Bezug auf den Antrag unserer Gruppe bezüglich der Entgelte der Kindertagesstätten vom 06. November 2012.

Ich bitte im Namen der Gruppe CDU, FFR und FDP um folgende Modifizierung des Antrages:

Die beantragte Änderung tritt zum 01. August 2014 in Kraft. Für eine Übergangszeit vom 01. August 2013 bis zum 31. Juli 2014 ermäßigt sich das Entgelt beim 2. Geschwisterkind um 75 %.

Die vorgesehene Entgeltanpassung tritt zum 01. August 2013 in Kraft.

Mit freundlichem Gruß

Susanne Lamers

Elternentgelte Beispiele laut Änderungsantrag CDU/FRR/FDP Vorlage 2013/015

Bisher

Vorschlag

1 Kind

- Krippe	240,-- €	240,-- €
----------	----------	----------

2 Kinder

- Kindergarten	84,-- €		91,-- €	
- Krippe	120,-- €	204,-- €	180,-- €	271,-- €

3 Kinder

- Kindergarten	0,-- €	(Entgeltfrei)	0,-- €	(Entgeltfrei)
- Kindergarten	39,50 €		64,50 €	
- Krippe	0,-- €	39,50 €	60,-- €	124,50 €
		ab 1.8.2014 =	120,-- €	184,50 €



B90/GRÜNE RATSFRAKTION, SEIELRWEG 20, 26180 RASTEDE

Herrn
Bgm. Dieter v. Essen
Rathaus
26180 Rastede

per email

Fraktion im Gemeinderat Rastede

Gerd Langhorst
Fraktionssprecher
Seilerweg 20
26180 Rastede
Tel: 04402.3306
Mobil: 0160.97749467
gerdlanghorst@me.com
www.gruene-rastede.de

Änderungsantrag zur Gebührenordnung für Krippen und Kitas

Rastede, 27. November 2012

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

nach der ersten Beratung im Ausschuss für Kinder, Jugend und Soziales am 8.10.12 liegen nunmehr auch die Stellungnahmen der Elternbeiräte zur vom Ausschuss mehrheitlich beschlossenen Erhöhung der Entgelte der Kindertagesstätten vor.

Die Gruppe CDU/FFR/FDP hat laut Protokoll VA vom 20.11.12 beantragt, diesen Beschluss zu ändern.

Unsere Fraktion legt hiermit ebenfalls einen Änderungsantrag mit der Bitte um Beratung und Beschlussfassung im VA vor.

Zu Entgeltregelung für Kindertagesstätten:

„Die Entgeltregelung für Kindertagesstätten wird ab 1.8.2013 wie folgt geändert:

Krippe:

1. Kind: 240,-€ , weitere Geschwisterkinder frei

Sonderdienste laut Vorlage

Kindergarten:

1. Kind: Entgelte für unterschiedliche Regelbetreuungszeiten laut Vorlage, weitere Geschwisterkinder frei

Sonderdienste laut Vorlage

Haben Eltern ein oder mehrere Kinder gleichzeitig in Krippe und Kindergarten, wird nur das höhere Entgelt für ein Kind (Regelbetreuung Krippe plus evtl. Sonderdienste) fällig.“

Begründung:

Die mehrheitlich im für Kinder, Jugend u. Soziales beschlossene Vorlage der Verwaltung enthält Verwerfungen zuungunsten von Kindern und Familien und widersprechen damit den Zielen einer kinder- und Familienfreundlichen Gemeinde. Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Freundliche Grüße,
gez. Gerd Langhorst

Elternentgelte Beispiele laut Änderungsantrag Bündnis 90/Die Grünen 2013/015

Bisher

Vorschlag

1 Kind

- Krippe	240,-- €	240,-- €
----------	----------	----------

2 Kinder

- Kindergarten	84,-- €		0,-- €	
- Krippe	120,-- €	204,-- €	240,-- €	240,-- €

3 Kinder

- Kindergarten	0,-- €	(Entgeltfrei)	0,-- €	(Entgeltfrei)
- Kindergarten	39,50 €		0,-- €	
- Krippe	0,-- €	39,50 €	240,-- €	240,-- €

SPD-Fraktion

im Rat der Gemeinde Rastede

Bürgermeister
Dieter von Essen
Sophienstraße 27

26180 Rastede

Rüdiger Kramer, Vorsitzender
Am Hankhauser Busch 32
26180 Rastede
Tel. 04402/8 11 65
mobil 0170-2380215
e-mail: ruedigerkramer@t-online.de

Rastede, 30.01.2013

Entgeltregelung für Kindertagesstätten

Sehr geehrter Herr Bürgermeister von Essen,

den nachfolgenden Antrag übersenden wir mit der Bitte um Berücksichtigung:

„Die zuständigen Gremien mögen folgende Richtlinie zur Entgeltregelung der Kindertagesstätten beschließen:

Richtlinie zur Entgeltregelung der Kindertagesstätten

1. Rastede ist eine kinder- und familienfreundliche Gemeinde, für die gute Bildung als Basis einer innovativen, demokratischen und sozialen Gesellschaft gilt. Eine gute Bildung beginnt im frühkindlichen Stadium, somit in der Krippe und der Kindertagesstätte. Ziel der Gemeinde ist es, allen Kindern mittelfristig einen kostenfreien Zugang zur Bildung zu ermöglichen.

Aus diesem Grunde werden die Entgelte für Krippe, Kindertagesstätte und Hort jeweils zum 01.08. eines jeden Jahres – beginnend ab dem 01.08.2013 - um 20% gesenkt - letztmalig zum 01.08.2017. Grundlage ist dabei die Richtlinie zur Entgeltregelung der Gemeinde Rastede vom 01.01.2011.

Dies gilt nicht für die Entgelte für Sonderdienste.

2. Bis dahin werden die Entgelte weiterhin monatlich in Form eines Fixbetrages erhoben.

3. Besuchen aus einem Haushalt gleichzeitig mehrere Kinder eine Kindertagesstätte, so ermäßigt sich das Entgelt beim 1. Geschwisterkind um 50%. Für alle weiteren Geschwisterkinder ist kein Entgelt zu entrichten. Diese Regelung gilt nicht für die Entgelte der Sonderdienste und für das Essengeld.

4. Für Sonderdienste (Früh-/Mittagdienst) werden Entgelte für ganze Monate erhoben.

5. Die Richtlinie findet ausschließlich für Kinder Anwendung, die in der Gemeinde Rastede gemeldet sind.

Begründung:

Krippen, Kindergärten und Horte sind Kindertagesstätten im Sinne des Niedersächsischen Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder (KiTaG). Sie dienen gemäß § 1 KiTaG der Betreuung und erleichtern Eltern damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Sie leisten aber auch einen bedeutenden Beitrag zur Entwicklung und frühen Bildung eines Kindes. Kinder entwickeln hier wichtige soziale und emotionale Kompetenzen. Sie lernen mit Konflikten umzugehen und Freundschaften zu schließen. Ihre sprachlichen, kognitiven und motorischen Fähigkeiten werden gefördert.

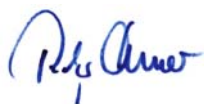
Diese Gründe sprechen für einen möglichst frühen Besuch einer Kindertagesstätte. Dem steht jedoch entgegen, dass die Anmeldung eines Kindes für den Kindergarten im Gegensatz zum Schulbesuch nicht verpflichtend ist und Eltern einer Beitragspflicht für ihre Kinder unterliegen.

Die SPD-Fraktion betrachtet Kindertagesstätten als unverzichtbare Bildungseinrichtungen, in denen der Grundstein für die weitere Entwicklung von Kindern gelegt wird. Deshalb haben wir uns das Ziel gesetzt, die Gebührenpflicht schrittweise abzuschaffen.

Die Elternentgelte machen derzeit ca. 500.000 € aus. Bei einer schrittweisen Senkung der Gebühren um jährlich 20 % auf der Grundlage der Sätze der jetzt geltenden Richtlinie vom 01.01.2011 bedeutet dies eine jährliche Minderung um ca. 100.000 €. Die SPD-Fraktion ist der festen Überzeugung, dass der Haushalt der Gemeinde Rastede mit einem Haushaltsvolumen von über 30 Mio. Euro dies durchaus verkraften kann. Es ist lediglich eine Frage der Prioritätensetzung.

Für eine Abschaffung der Kitagebührenpflicht sprechen nach unserer Überzeugung auch standortpolitische Gründe. Gebührenfreiheit bei Kindertagesstätten stellt einen weichen Standortfaktor dar und wird die Attraktivität Rastedes durchaus steigern.

Mit freundlichen Grüßen



Rüdiger Kramer
Fraktionsvorsitzender



Elternentgelte Beispiele laut Änderungsantrag SPD

2013/015

Bisher

1 Kind

- Krippe **240,-- €**

Vorschlag

1.8.2013 = 192,-- €

1.8.2014 = 144,-- €

1.8.2015 = 96,-- €

1.8.2016 = 48,-- €

1.8.2017 = 0,-- €

2 Kinder

- Kindergarten 84,-- €

- Krippe 120,-- € **204,-- €**

1.8.2013 = 163,20 €

1.8.2014 = 122,40 €

1.8.2015 = 81,60 €

1.8.2016 = 40,80 €

1.8.2017 = 0,-- €

GEMEINDE RASTEDE			
Eing.	14. Nov. 2012		
HVB	FB	STS	GB
			2

Gemeindeelternbeirat

Jens Brockhaus (Gesamtvorsitzender)

Dr. Michael Ammen (ehem. Gesamtvorsitzender)

Tina Caspers (stv. Gesamtvorsitzende)

Bogenstraße 48, 26180 Rastede, Tel.: (04402) 919601

12. November 2012

Gemeinde Rastede
Herrn Sundermann
Sophienstraße 27
26180 Rastede

Entgelte für die Kindertagesstätten ab 1. Januar 2013

Sehr geehrter Herr Sundermann,
sehr geehrte Damen und Herren,

die Elternbeiräte der Kindergärten, Krippen, Horte und Spielkreise in der Gemeinde Rastede haben sich auf ihrer Versammlung am 8. November 2012 intensiv mit der geplanten Änderung der Gebührenordnung der Gemeinde Rastede beschäftigt. Im Zuge der Versammlung entstand ein allgemeiner Konsens, den gewählten politischen Vertretern die Gedanken der betroffenen Bürgerinnen und Bürger nahezubringen und sie zu bitten, diese bei ihren Beschlüssen zu berücksichtigen.

Wir leben in einer alternden Gesellschaft. Auch die Gemeinde Rastede ist hiervon betroffen, haben wir doch das zweithöchste Durchschnittsalter aller Gemeinden im Landkreis Ammerland. Aus der Überalterung der Gesellschaft werden in den nächsten Jahrzehnten massive gesellschaftliche Probleme resultieren. Mit einem Zuzug junger Familien durch die Ausweisung von Baugebieten allein kann dem nicht entgegen gewirkt werden.

Es ist ein wichtiges gesamtgesellschaftliches Anliegen, die Anzahl der Kinder in unserer Gesellschaft nicht noch weiter sinken zu lassen. Hier sind wir alle aufgerufen, ein Umfeld zu schaffen, in dem junge Familien gerne Kinder bekommen. Das beginnt bei der Schaffung der Infrastruktur, wo sich die Gemeinde Rastede in den letzten Jahren sehr positiv entwickelt hat, endet aber nicht bei den finanziellen Belastungen der Familien. Alle gesellschaftlichen Gruppen – hier natürlich besonders die gewählten Vertreter der Bürgerinnen und Bürger – sind aufgerufen, alles ihnen Mögliche zu unternehmen, um die finanziellen Belastungen von Familien möglichst gering zu halten. Dazu gehören die Entgelte für Kindergärten, Kinderkrippen etc. Es ist wünschenswert, dass nicht nur die Schulbildung kostenfrei ist, sondern auch die vorschulische Bildung und Betreuung. Aber dies muss u. E. in erster Linie auf Bundesebene entschieden werden.

Wir in Rastede haben aber auch Gestaltungsmöglichkeiten vor Ort. Die Elternbeiräte richten daher an die Vertreter der Gemeinde Rastede den Appell, in ihren Entscheidungen nicht nur die Finanzen der Gemeinde im Blick zu haben, sondern Ihre Sicht auszuweiten auf die Zukunft der Gemeinde:

- Will Rastede eine kinderfreundliche Gemeinde sein?
- Wollen wir hier vor Ort ein attraktive Umfeld für junge Familien schaffen?
- Wollen wir Armut und Überalterung entgegenwirken?

Wir Eltern meinen: Ja!

Die Gemeinde plant zum 1. Januar 2013 die Erhöhung der Beiträge, die die Eltern zu den Kosten für Kindergärten, Kinderkrippen usw. leisten. Für uns Eltern ist dieser vermutlich aus rein fiskalischen Gründen gewählte Stichtag sehr ungünstig, denn wir haben kaum Möglichkeiten, uns darauf einzustellen und darauf zu reagieren. Eine kurzfristige Änderung im laufenden Kindergartenjahr ist mit erheblichen Schwierigkeiten für Eltern und Kinder verbunden und würde eventuell zusätzliche Kosten verursachen, welche die Haushaltskasse von Familien mit vielen Kindern weiter belasten dürften. Wir bitten daher die Gemeinde, die Änderung erst zum neuen Kindergartenjahr, also zum August 2013, wirksam werden zu lassen. Auch wir Eltern brauchen Planungssicherheit.

Es ist weiterhin geplant, die bisherige Geschwisterregelung zu verändern. Der Effekt wird sein, dass auf Familien überproportional mehr Kosten zukommen, je mehr Kinder sie haben. Diese Familien haben aber schon die größten Belastungen hinsichtlich Nahrung, Kleidung etc. Gerade für die finanziell am stärksten belasteten Familien bedeutet die geplante Neuregelung die größte zusätzliche Belastung. Es sind zwar nur Einzelfälle, für die einzelnen Betroffenen handelt es sich jedoch um viel Geld. Die zusätzlichen Einnahmen für die Gemeinde und die zu realisierenden Entlastungen für den Haushalt werden dagegen marginal sein. Hier muss die Frage nach der Verhältnismäßigkeit und der Gerechtigkeit gestellt werden. Deshalb schlagen wir vor, dass auch zukünftig das dritte und jedes weitere Kind entgeltfrei gestellt wird.

Fazit:

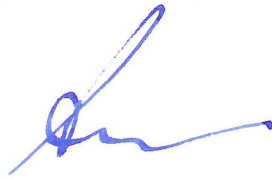
1. Wir appellieren an die Gemeinde Rastede und unsere gewählten Vertreter, in ihren Entscheidungen nicht nur die Finanzen der Gemeinde, sondern ebenso gesamtgesellschaftliche Aspekte zu berücksichtigen.
2. Wir bitten die Gemeinde Rastede und unsere gewählten Vertreter darum, im Interesse der betroffenen Eltern die Erhöhung der Beiträge nicht bereits zum 1. Januar sondern erst zu Beginn des neuen Kindergartenjahres vorzunehmen.
3. Wir schlagen der Gemeinde Rastede und unseren gewählten Vertreter vor, bei der Neuregelung der Beiträge auch zukünftig das dritte und jedes weitere Kind entgeltfrei zu stellen, denn für die im Einzelfall betroffenen Familien entstehen jeweils hohe Kosten, wohingegen die Gemeinde aufgrund der geringen Anzahl der Betroffenen nur sehr geringe Einnahmen zu verzeichnen hätte.

Die Elternbeiräte haben Verständnis dafür, dass die Gemeinde Rastede auf die geänderte Haushaltslage reagieren muss. Wir hoffen jedoch, dass unsere konstruktiv gemeinten Vorschläge und Kritikpunkte vom Gemeinderat aufgenommen und entsprechend berücksichtigt werden.

Mit freundlichen Grüßen



Jens Brockhaus
(Gesamtvorsitzender)



Dr. Michael Ammen
(ehem. Gesamtvorsitzender)



Tina Caspers
(stv. Gesamtvorsitzende)

GEMEINDE RASTEDE			
Eing.	21. Nov. 2012		
HVB	FB	STS	GB
			9

VON WARDENBURG & SCHMIDT, • ALEXANDERSTR. 184 • 26121 OLDENBURG

Gemeinde Rastede
z. Hd. Herrn Sundermann
Sophienstr. 27
26180 Rastede

vorab per Fax: 04402 / 920 250

PETER WUSOWSKI

RECHTSANWALT

- AUSGESCHIEDEN ZUM 31. MÄRZ 2011 -

MARIA V. WARDENBURG

RECHTSANWÄLTIN

RANDOLF SCHMIDT

RECHTSANWALT

ALEXANDERSTRASSE 184

D 26121 OLDENBURG

TELEFON 0441 - 88 592 66

FAX 0441 - 88 592 67

<http://www.wusowski.de>

kanzlei@wusowski.de

OLDENBURG, DEN 20.11.12

Schmidt, Randolph privat – Haarenstr. 12, 26180 Wahnbek
Stellungnahme des Elternbeirats zur beabsichtigten Erhöhung der Elternentgelte

Sehr geehrter Herr Sundermann,

anliegend übersende ich Ihnen die Stellungnahme des Elternbeirats des Kindergartens Wahnbek mit der Bitte um Kenntnis und der Bitte, die Stellungnahme an die zuständigen Gremien weiterzuleiten.

Bei Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen


Randolf Schmidt

Wahnbek, den 19. November 2012

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderats,
sehr geehrte Damen und Herren des Kinder-, Jugend- und Sozialausschusses,

der Elternbeirat des Kindergartens Wahnbek hat in der Elternbeiratssitzung am 14.11.2012 einstimmig beschlossen, dass eine Erhöhung der Elternentgelte ausdrücklich abgelehnt wird. Die Ablehnung richtet sich gegen die beabsichtigte Änderung (Erhöhung) der Geschwisterbeiträge, wenn mehrere Kinder aus einer Familie eine Kindertagesstätte (Krippe, KiGa, Hort) besuchen.

Die Ablehnung richtet sich sowohl gegen den Vorschlag des Kinder-, Jugend- und Sozialausschusses der Gemeinde Rastede als auch gegen den Änderungsantrag der Mehrheitsgruppe zur vorgeschlagenen Neuregelung ab 01.01.2013. Dazu im Einzelnen:

1. Die beabsichtigte Erhöhung widerspricht vollständig den bundesweiten Bestrebungen zur Familien- und Arbeitsmarktpolitik. Die beabsichtigte Erhöhung ist ein Rückschlag für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

2. Die beabsichtigte Verteuerung richtet sich gegen Familien mit mehreren Kindern. Ziel sollte jedoch sein, dass junge Familien entlastet statt mehr belastet werden. Diese Mehrkinderfamilien sind diejenigen, die einen wesentlichen Beitrag für die Gesellschaft erbringen. Auch die Gemeinde Rastede ist von einer Überalterung betroffen (2-älteste Gemeinde im Ammerland). Ziel muss deshalb sein, junge Familien in der Gemeinde zu halten und junge Familien in die Gemeinde zu holen.

3. Die Eltern wurden erstmals im Oktober 2012 mit der beabsichtigten drastischen Erhöhung der Elternbeiträge bereits zum 01.01.2013 konfrontiert. Ein solches „Jetzt-auf-Gleich-Zeitfenster“ ist absolut indiskutabel und ein Schlag in die Planungssicherheit der Familien. Bei Durchführung der beabsichtigten Erhöhung können die betroffenen Familien einerseits dieser drastischen „Zwangserhöhung“ nicht entkommen und andererseits ihre vorhandene Familiensituation nicht ändern oder anpassen.

Ergänzend ist hierzu festzustellen, dass beispielsweise der ehemalige Bürgermeister Herr Decker im Jahre 2008 eine auswärtige Familie damit umworben hat, dass Rastede eine sozialverträgliche Gemeinde ist und zudem Kindergartenplätze bei mehreren Kindern in den Einrichtungen finanziell unterstützt und die Familien dadurch bei den Elternbeiträgen entlastet werden.

4. Anhand einer betroffenen Familie wird beispielhaft nachfolgend konkret aufgezeigt, wie drastisch sich die beabsichtigte Erhöhung bei Zugrundelegung des Vorschlags der Mehrheitsgruppe auswirkt:

		derzeitiges Entgelt	vorgeschlagenes Entgelt
Kind 1 (4 Jahre alt)	Kindergarten	79,00 €	86,00 €
Kind 2 (2 Jahre alt)	Kinderkrippe	120,00 €	180,00 €
Kind 3 (2 Jahre alt)	Kinderkrippe	0 €	120,00 €
Summe		199,00 €	386,00 €

➔ **Mehrbelastung = 187,00 € monatlich (Steigerung um 94%)**

Der gesamte Änderungsvorschlag geht auch nicht konform mit der aktuellen Gesetzeslage. § 20 KiTaG (Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder) bringt eindeutig zum Ausdruck, dass eine Einrichtung (Krippe, KiGa, Hort) nicht wirtschaftlich arbeiten muss. Gem. § 20 Abs. 1 KiTaG sind die Elternentgelte statt dessen so zu bemessen, dass die wirtschaftliche Belastung für die Eltern zumutbar ist. Diese Zumutbarkeitsgrenze wird mit der beabsichtigten Änderung überschritten.

5. Gerade die Erhöhung bei drei oder mehr Kindern in den Einrichtungen ist darüber hinaus absolut unverhältnismäßig, wenn man den Ausführungen der Gemeinde folgt: „Zur Zeit wären hiervon fünf in einer Krippe betreute Kinder betroffen“. Hier zeigt sich deutlich, dass der Mehrwert für die Gemeinde ($5 \times 187,00 \text{ €} = 935,00 \text{ €}$) in keinem Verhältnis zur Mehrbelastung für die betroffenen Familien (monatlich 187,00 €) steht.

Aber auch bei der Steigerung für Familien mit zwei Kindern, beispielsweise in der Konstellation Kindergarten und Krippe, entsteht nach dem Vorschlag der Mehrheitsgruppe eine monatliche Mehrbelastung von 67,00 € (Steigerung von 33%). In keinem Bereich der Gemeindegebühren gibt es derartige drastische Steigerungen.

6. Es kann auch nicht zweckdienlich sein, wenn betroffene Familien plötzlich auf Zuschüsse angewiesen sind, die sodann wiederum die Finanzen der Gemeinde belasten. In diesem Zusammenhang ist zudem festzustellen, dass die Möglichkeit von Zuschüssen/Anträgen bei Familien durchaus als Barriere erlebt werden mit der Konsequenz, dass Kinder gar nicht erst

angemeldet werden und ihnen dadurch der Zugang zu Krippe und KiGa verbaut wird, was nicht im Interesse der betroffenen Kinder ist.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die beabsichtigte Erhöhung absolut kontraproduktiv ist für eine kinderfreundliche Entwicklung der Gemeinde. Die Gemeinde sollte sich stattdessen als familienfreundlicher Ort positionieren. Die Krippe und der KiGa sind selbstverständliche Ergänzungen zu Bildung und Erziehung in der Familie. Sie stellen die erste/zweite Stufe des Bildungssystems dar. Ziel müsste eigentlich eine komplette Beitragsbefreiung sein. Wenn eine komplette Beitragsbefreiung momentan finanziell nicht möglich ist, so ist eine Erhöhung jedenfalls ein Signal in die falsche familienpolitische Richtung und einer familienfreundlichen Gemeinde unwürdig. Familienfreundlich geht anders.

Wir regen deshalb dringend an, die Geschwisterbeiträge - wenn mehrere Kinder aus einer Familie eine Kindertagesstätte besuchen - wie derzeit gültig beizubehalten. Der Gemeinderat und der Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss sollten sich bewusst für eine familienfreundliche Gebührengestaltung entscheiden.

Mit freundlichen Grüßen



Randolf Schmidt

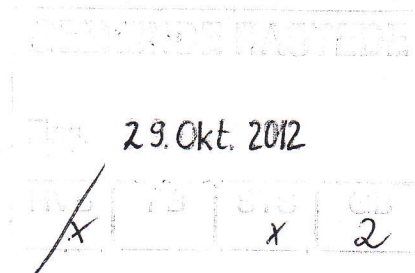
1. Vorsitzender des Elternbeirats des Kindergartens Wahnbeke

K O P I E

Rastede, 28.10.2012

Elternvertreter der Krippen
 Feldbreite und Südender Straße
 c/o Andreas Müller
 Loyer Weg 36
 26180 Rastede

Gemeinde Rastede
 Herr Bürgermeister von Essen
 Nachrichtlich an alle Ratsmitglieder
 Sophienstraße 27
 26180 Rastede



Sehr geehrter Herr von Essen,

wie wir dem Schreiben an die Beirats- und Elternratsmitglieder vom 10.10.2012 entnehmen konnten, plant die Gemeinde neben der Erhöhung der Entgelte für Kindergarten und Hort sowie deren Sonderdienste auch die Neugestaltung der Geschwisterregelung. Den dabei von der Verwaltung der Gemeinde Rastede am 08.10.2012 vorgelegten Vorschlag in der Sitzung des Ausschusses für Kinder-, Jugend- und Soziales lehnen wir ab.

Dieser Vorschlag bedeutet eine deutliche Mehrbelastung für Familien mit mehr als einem Kind. Dass im Zuge knapper Kassen die Einnahmen für die Gemeinde erhöht werden müssen, und dass jeder seinen Beitrag dazu leisten muss, steht für uns außer Frage. Daher geht es uns auch nicht um die Anpassung der Entgelte für die Kindergärten und den Hort um ca. € 6,00 pro Monat. Ebenso sehen wir ein, dass die bisher aufgetretenen Verwerfungen bei der Geschwisterregelung auszugleichen sind. Doch ist eine Änderung der Geschwisterregelung nach dem nun vorliegenden Vorschlag wirklich die einzige Möglichkeit?

Gerade diese Regelung hat die Familien mit mehreren Kindern, die ohnehin schon einer hohen finanziellen Belastung ausgesetzt sind, entlastet. Wie der Presse zu entnehmen war, wird zusätzlich auch noch die Erhöhung der Gebühren für soziale Einrichtungen (z.B. Eintrittspreise für das Schwimmbad) diskutiert. Damit wird die Entlastung der Gemeindekasse doppelt auf dem Rücken der Mehrkind-Familien ausgetragen.

War nicht ein Teil der Argumentation für die Einrichtung des neuen Baugebietes „Südlich Schloßpark II“, o.g. Gebühren stabil zu halten, indem man junge Familien nach Rastede holt und somit die sozialen Einrichtungen, zu denen wir u.a. die Einrichtung der Kinderbetreuung zählen, weiter bezahlbar bleiben und eben keine Anhebung der Gebühren notwendig ist?

Wie passt es außerdem zusammen, dass man sich als familienfreundliche Gemeinde präsentiert, aber gleichzeitig von dem abrückt, was nahezu alle Ammerländer Gemeinden noch haben, nämlich eine Geschwisterregelung wie sie zur Zeit auch noch in Rastede existiert?

Laut Aussage der Verwaltung wären von der Änderung, die Freistellung für das zweite und jedes weitere Geschwisterkind abzuschaffen und eine Reduzierung auf 25% einzuführen, aktuell fünf Krippenkinder betroffen. Das macht für die Gemeinde eine Mehreinnahme von $5 \times € 180,00 = € 900,00$ pro Monat. Aber nicht nur in den Krippen sondern auch in den Kindergärten kommt es zu deutlichen Steigerungen beim Wegfall der Freistellung. Hier erhöht sich die Gebühr von € 0,00 auf dann € 64,50 durch die Anhebung auf 75% vom Grundentgelt bei drei Kindern.

Wie man den Sitzungsunterlagen der oben genannten Ausschuttsitzung auf Seite 156 entnehmen kann, ergeben sich durch die Neuregelung Summen, bei der sich uns die Frage aufdrängt, ob der Mehrwert für die Gemeinde wirklich im Verhältnis zur Mehrbelastung für die Familien steht.

Zu genau dieser Mehrbelastung liegt uns das Beispiel der Familie Haas vor, für die die Belastung mit drei Kindern ab dem 01.01.2013 um 134% von derzeit € 199,00 auf € 446,00 ab dem 01.01.2013 steigen würde (siehe Anlage 1). Auch bei Familien mit zwei Kindern in der Konstellation Kindergarten und Kinderkrippe entsteht nach dem Vorschlag eine monatliche Mehrbelastung von 33% bzw. € 67,00. In welchem anderen Bereich der Gemeindegebühren gibt es eine so drastische Steigerung? Wäre es nicht auch eine Möglichkeit, den Gewerbesteuerhebesatz von derzeit 310% moderat anzuheben? Hier ist die Gemeinde Rastede im Vergleich zu den übrigen Ammerländer Gemeinden nämlich am günstigsten, im Gegensatz zu den Gebühren für die Krippen. Hier liegt die Gemeinde Rastede bereits am oberen Ende.

Wie eingangs bereits erwähnt, lehnen wir die Anpassung der Entgelte nicht grundsätzlich ab. Ebenso ist auch eine Neuregelung der Geschwisterregelung durchaus diskussionswürdig. Wir verstehen, dass gestiegene Kosten für Personal und Energie weitergegeben werden müssen. Eine gute Betreuung der Kinder kostet nun einmal Geld. Wir sind aber der Meinung, dass man sich bei diesem sozial sensiblen Thema ruhig etwas mehr Zeit lassen darf, um neue Möglichkeiten zu diskutieren. Momentan erweckt die Hast, mit der diese Neuregelung verabschiedet werden soll, einmal mehr den Anschein, als wolle man dieses Thema schnell „durchwinken“, um wenig Aufsehen zu erregen. Immerhin steht ab 2013 jedem Kind unter drei Jahren ein Krippenplatz zu. Und gerade vor diesem Hintergrund sollte es durch eine Geschwisterregelung, ähnlich dem jetzigen Modell, auch Familien mit mehreren Kindern weiterhin ermöglicht werden, sich eine Betreuung in Krippe und Kindergarten finanziell leisten zu können.

Wir möchten mit diesem Schreiben nicht nur unseren Unmut kund tun, sondern uns konstruktiv in die Neugestaltung der Geschwisterregelung einbringen. Da wir als unmittelbar Betroffene diese Thematik sehr gut einschätzen und bewerten können, bieten wir hier den Mitgliedern des Gemeinderates unsere Unterstützung an. Wir stehen einer Diskussion offen gegenüber und freuen uns, wenn man seitens der Verwaltung oder des Gemeinderates mit uns das Gespräch sucht und somit die Betroffenen anhört und nicht einfach über deren Köpfe hinweg entscheidet.

Mit freundlichen Grüßen,

die Elternvertreter der Kinderkrippen **Rasselbande und Bagira**

Anlage 1

Beispielfamilie Familie Haas mit 3 Kindern

	Jetzt:	Neu:
Kind 4 Jahre 1 Kindergarten	€ 79,00	€ 86,00
Kind 2 Jahre 2 Krippe	€ 120,00	€ 180,00
Kind 2 Jahre 3 Krippe	€ 0,00	€ 180,00
Summe	€199,00	€446,00

Elternschaft des Wahnbecker Kindertreffs

Wahnbek, November 2012

An die
Ratsmitglieder der Gemeinde Rastede
Sophienstraße 27

26180 Rastede

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderats Rastede,

mit großem Unmut haben wir die Vorschläge zu den Beitragserhöhungen bzw. zur Änderung der Geschwisterpauschalen der Kindergarten- bzw. Krippenbeiträge zur Kenntnis genommen.

Als diejenigen, die diese Erhöhungen finanziell aufbringen müssen, wollen wir es nicht versäumen, unsere Haltung dazu mitzuteilen.

Für viele Familien ist es eine Zumutung, in einer so kurzen Zeit solch teilweise immensen Gelder zu erwirtschaften, ohne etwas an der jeweilig individuellen Lage ändern zu können. Weder kann ein Elternpaar innerhalb von zwei Monaten höhere Gehälter erzielen, noch eine alternative Betreuungsform für ihre Kinder wählen. Von einer Familie mit zwei Kindern (ein Kind im Kindergarten, ein Kind in der Krippe) wird plötzlich verlangt, monatlich ca. 90,- mehr aufzubringen. Familien mit drei Kindern trifft es noch viel härter - sollten für das dritte Kind nun auch statt bisher 0% augenblicklich 50% anfallen, wird von der Gemeinde erwartet, innerhalb kürzester Zeit dreistellige Beträge zu bezahlen. Solche Kosten in den monatlichen Belastungen müssen von jungen Familien langfristig geplant werden. Warum werden die Kürzungen der Zuschüsse nicht in kleineren Schritten und überschaubaren Zeiträumen gestaffelt? Warum gibt man den Familien nicht wenigstens Zeit bis zum Beginn des neuen Kindergartenjahres?

Die Gemeindevertreter sprechen von "moderaten" Erhöhungen bzw. Kürzungen - diese sind jedoch, gerade für einkommensschwächere Haushalte keinesfalls mäßig oder angemessen! Im Gegenteil: sie sind unverhältnismäßig hoch und für viele von uns einfach nicht machbar. Dies mit steigenden Personal- und Energiekosten zu begründen, reicht uns nicht aus und ist auch in Zahlen in keiner Weise transparent bzw. nachvollziehbar. Die Gemeinde macht es sich in diesem Fall zu einfach und wirkt dem Trend der Bundesregierung entgegen, gerade junge Familien stärker zu unterstützen, Frauen im Beruf zu halten und Kleinstkinder in Einrichtungen zu fördern. Rastede soll für junge Familien attraktiv bleiben, neue Familien sollen in den geplanten Baugebieten sesshaft werden - vor allem mit den Kürzungen der Geschwisterzuschüsse ist dieses Vorhaben allerdings kontraproduktiv. Kinder sollen, so auch die Wahlversprechungen der Politiker, nicht zum Luxusgut werden. Die allseits umworbene Vereinbarkeit von Beruf und Familie setzt die Gemeinde Rastede mit diesen Bestrebungen bewusst aufs Spiel, setzt Eltern mit Kindern unter Druck und erschwert das alltägliche Wirtschaften ungemein.

Wir bitten Sie eindringlich, zu überdenken, dass es hier um die Familie als kleinste soziale Einheit der Gesellschaft geht. Die Kinder sind unsere, aber auch Ihre Zukunft. Es sollte Ihnen als unsere gewählten Vertreter der Gemeinde mehr am Herzen liegen, die hart erarbeitete Stabilität der jungen Familien nicht zu schwächen bzw. auf eine Probe zu stellen, die existentiell sein kann. Wir sind sehr froh über unsere Krippe und unsere Kinder fühlen sich dort wohl. Bitte erhalten Sie die Attraktivität an unseren Einrichtungen und erschweren nicht den Zugang zur frühkindlichen Bildung.

Hochachtungsvoll,

die Eltern der Wahnbecker "Krabbelpiraten" und der "Grashüpfer"

Anhang: Artikel zur Ungleichheit und Ungerechtigkeit in der Kinderbetreuung

Grashüpfer:

Sabine und René Soudemann
mit Jona (1) + Ralfi (4)

Isabell, Suvi + Ralf + Linus

Uwe und Daniela Schickel
mit Jonas (8), Felix (1) und Luca (0)

Jens + Anke Blohm
Mika + Anke

Anke Seiffert
mit Linus (2)

Anke Blohm
(Benet 6, Constantin 2)

Carsten Fabel

Jonny

T. Albrecht

T. Franz

mit Luk (5), Mairo (3) und Elio (1)

M. Ziesing
mit Lewis, Tilo & Theo

Krabbelpiraten:

Roman Gessler, Inga Gessler
mit Kosmin (2)

M. & J. Thamer
(Lemi 4 & Marie 2)

Sabine Giedl (Philip 2)

Wolfgang

Jabbe

Elena Jasilenko
Alexander Meislering
(Milena 2)

Sylvia Heide (Ike)

Maik Meyer
(Tito 2, Ronja 2)

Ortwin

Silvia Valatz

Dr. Christoph Seybold
N. Eichen

R. L. (Kosmin)

Prof. C. (Julian 4 und Phillip 3)

Christine Humann
MATTHIAS (4), MIKE (1)

Betreuung in Deutschland: total ungerecht!

In unseren Kindergärten sind nicht alle Kinder gleich. Welche Unterstützung Familien vom Staat bekommen und wie viel, hängt von ihrem Wohnort ab. Unser Autor Martin R. Textor nennt sieben große Ungerechtigkeiten



Es ist ungerecht, dass der Wohnort darüber entscheidet, ob man einen Betreuungsplatz findet oder nicht. Während 2010 im Landkreis Jerichower Land (Sachsen-Anhalt) etwa 62 Prozent der unter Dreijährigen eine Krippe besuchen konnten, waren es im Landkreis Cloppenburg (Niedersachsen) noch nicht mal sieben Prozent. Auch die Versorgung mit Kindergartenplätzen ist alles andere als optimal. Im Kreis Dithmarschen (Schleswig-Holstein) gab es nur für 78 Prozent der Drei- bis Sechsjährigen einen Platz, dagegen in Neubrandenburg (Mecklenburg-Vorpommern) ein Überangebot von knapp 108 Prozent. Das bedeutet: Manche Kinder profitieren nicht so früh von öffentlichen Bildungsangeboten wie andere, und manche Eltern haben nicht so gute Möglichkeiten, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren, wie andere.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2011

Es ist ungerecht, dass Durchschnittsverdiener-Familien in Bremen 1752 Euro im Jahr für einen Halbtagsplatz im Kindergarten zahlen müssen, in Heilbronn oder Zwickau aber keinen Cent. Wie ein Vergleich der 100 größten deutschen Städte von 2010 zeigt, stellen inzwischen neun Städte den Kindergartenbesuch komplett kostenfrei. Andere können oder wollen sich das nicht leisten und belasten die Mütter und Väter finanziell erheblich. Spitzenreiter sind Tübingen und Potsdam. Gut verdienende Eltern mit zwei Kindern im Kindergarten werden hier mit knapp 3700 Euro jährlich zur Kasse gebeten. Dieses Geld haben sie, anders als Eltern in Düsseldorf oder Mainz zum Beispiel, nicht mehr für Musikunterricht oder andere Aktivitäten zur Verfügung. Eine krasse Ungleichbehandlung.

Quelle: INSM/ELTERN-Kitamonitor 2010

Es ist ungerecht, dass es vom Wohnort eines Kindes abhängt, mit wie vielen anderen Kindern es sich eine Erzieherin teilen muss: 2009 schwankte der Personalschlüssel in Kinderkrippen zwischen den Extremen 1 zu 3,5 im Saarland und 1 zu 7,5 in Brandenburg. Bei den Drei- bis Sechsjährigen reicht die Spanne von 1 zu 7,4 in Bremen bis 1 zu 13,1 in Mecklenburg-Vorpommern. Mehr Kinder pro Erzieherin – das bedeutet gerade für Ein- und Zweijährige eine deutliche Benachteiligung, zumal der direkte Zusammenhang zwischen Personalschlüssel und Krippenqualität wissenschaftlich nachgewiesen ist. Ganz zu schweigen von der höheren emotionalen Belastung in großen Gruppen.

Quelle: Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010

Es ist ungerecht, wenn Migrantenkinder in Kitas oft unter sich bleiben. So ballt sich in Berlin mehr als die Hälfte der nicht deutschstämmigen Kinder in Kitas, in denen die Mehrheit nicht Deutsch als Familiensprache hat. Im Bundesdurchschnitt betrifft das immer noch mehr als ein Drittel aller Migrantenkinder. Das mag unterschiedlichste Gründe haben – Tatsache ist: Hier handelt es sich um eine Ungleichbehandlung von Migrantenkinder, die in Kitas mit weniger als 25 Prozent Ausländeranteil deutlich bessere Chancen hätten, Deutsch zu lernen.

Quelle: Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010



www.eltern.de

Was halten Sie von den beschriebenen Fällen?
Und was ist in Ihrem Heimatort besonders ungerecht?
Schreiben Sie uns unter www.eltern.de/wohnort

Es ist ungerecht, dass es vom Wohnort einer Familie abhängt, wie ihr behindertes Kleinkind betreut wird. So wurden 2009 in Bayern fast zwei Drittel aller Kleinkinder mit Behinderung in Sondereinrichtungen betreut, in Sachsen-Anhalt kein einziges. Dort nämlich besuchen 99,9 Prozent eine integrative Kita, wogegen in Bayern nur ein Drittel gemeinsam mit nicht behinderten Kindern betreut wird.

Quelle: Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010

Es ist ungerecht, wie unterschiedlich das Betreuungspersonal in Deutschland ausgebildet ist. In Thüringen bringen 94 Prozent eine Erzieherinnen-Ausbildung oder ein Sozialpädagogik-Studium mit. In Bayern sind es dagegen nur knapp 54 Prozent – dort ist der Anteil niedriger qualifizierter Kinderpflegerinnen mit fast 39 Prozent besonders hoch.

Quelle: Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010

Es ist ungerecht, dass einige Länder und Kommunen viel weniger Geld für die Betreuung ausgeben als andere. 2009 variierten die Ausgaben der öffentlichen Hand laut Jugendhilfestatistik zwischen 7513 Euro in Berlin und 3154 Euro in Mecklenburg-Vorpommern pro betreutem Kind unter 14 Jahren. Höhere Ausgaben lassen nicht nur ein besseres Angebot für die Kinder vermuten – sie wirken sich meist auch positiv auf die Arbeitsbedingungen für die Erzieherinnen aus.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Fazit: Unsere Kinder werden in Krippe, Kindergarten und Hort höchst ungleich behandelt. Darunter leiden die Eltern, die Fachkräfte und vor allem die Kinder selbst. Besonders die Ungleichbehandlung von Kindern unter drei Jahren wird zum Problem, weil sich das direkt auf ihre Entwicklung und ihre Bildungschancen auswirkt – die ersten Lebensjahre gelten Wissenschaftlern als die wichtigsten Bildungsjahre. Viele dieser Ungerechtigkeiten haben ihre Ursache im Föderalismus, der Ländern und Kommunen die Verantwortung für Bildung und Betreuung überträgt. Es wird Zeit, an diesem System etwas zu ändern. Hier ist die Bundesregierung in der Verantwortung. Schließlich erwartet das Grundgesetz vom Bund, Gesetze so zu gestalten, dass überall in Deutschland gleichwertige Lebensverhältnisse herrschen. Davon sind wir leider weit entfernt. ■



Dr. Martin R. Textor ist Diplom-Pädagoge.
Der Autor und Herausgeber zahlreicher Fachbücher und Online-Angebote leitet zusammen mit seiner Frau das Institut für Pädagogik und Zukunftsforschung in Würzburg (www.ipzf.de)

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2013/010

freigegeben am 31.01.2013

GB 2

Sachbearbeiter/in: Herr Fritz Sundermann

Datum: 31.01.2013

Weitere Hortgruppe in Wahnbek

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	18.02.2013	Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss
Ö	19.02.2013	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Gemeinde Rastede stimmt der Einrichtung einer weiteren Hortgruppe in den Räumen der Grundschule Wahnbek in Trägerschaft des Diakonischen Werkes Wahnbek zu.

Sach- und Rechtslage:

Mit Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 01.07.2008 (Vorlage 2008/107A) wurde, zunächst befristet für das Schuljahr 2009/2010, der Einrichtung einer Hortgruppe in den Räumen der Grundschule Wahnbek zugestimmt. Die Trägerschaft für diese Hortgruppe wurde vom Diakonischen Werk Wahnbek e.V. übernommen und das notwendige Fachpersonal befristet eingestellt. Aufgrund der stetigen Nachfrage wurde die Hortgruppe unbefristet fortgeführt.

Nach den vorliegenden Anmeldungen für eine Hortbetreuung im Schuljahr 2013/2014 sind die maximal möglichen 20 Hortplätze nicht ausreichend. Die Einrichtung einer zusätzlichen Kleingruppe für Hortbetreuung würde den Bedarf abdecken. Eine Kleingruppe umfasst maximal 12 Hortplätze und wird von einer Fachkraft geleitet.

Das Diakonische Werk Wahnbek e.V. hat sich bereits vorab mit dem Schulleiter wegen der Raumfrage zusammengesetzt und eine Lösungsmöglichkeit gefunden. Auch die Landesschulbehörde hat Zustimmung signalisiert. Als Betreuungsräume würden die beiden im Altbau befindlichen Klassenräume und für die Hausaufgaben ein Raum unmittelbar neben dem Haupteingang genutzt werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Es sind zusätzliche Personalkosten für 2013 in Höhe von rd. 15.000 Euro sowie Kosten für die Ausstattung in Höhe von rd. 5.000 Euro zu erwarten.

Anlagen:

Keine.

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2013/011

freigegeben am 01.02.2013

GB 2

Sachbearbeiter/in: Herr Fritz Sundermann

Datum: 01.02.2013

Fortführung der Hortgruppe in Hahn-Lehmden

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	18.02.2013	Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss
N	19.02.2013	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Gemeinde Rastede stimmt der unbefristeten Fortführung der in den Räumen der Grundschule Hahn-Lehmden eingerichteten und vom Diakonischen Werk Hahn-Lehmden betriebenen Hortgruppe zu.

Sach- und Rechtslage:

Mit Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 14.02.2012 (Vorlage 2012/005) wurde befristet für das Schuljahr 2012/2013 der Einrichtung einer Hortgruppe in den Räumen der Grundschule Hahn-Lehmden zugestimmt. Die Trägerschaft für diese Hortgruppe wurde vom Diakonischen Werk Hahn-Lehmden e.V. übernommen und das notwendige Fachpersonal befristet eingestellt.

Die Befristung erfolgte seinerzeit im Hinblick auf die ab dem Schuljahr 2013/2014 beabsichtigte Einrichtung eines Ganztagschulbetriebes an der Grundschule Hahn-Lehmden. Mangels einer ausreichenden Nachfrage hat der Verwaltungsausschuss mit Beschluss vom 09.10.2012 (Vorlage 2012/182A) den Verzicht der Grundschule Hahn-Lehmden auf die Einrichtung einer Ganztagschule zustimmend zur Kenntnis genommen. Gleichzeitig wurde beschlossen, über die Fortführung der befristet eingerichteten Hortgruppe zu einem späteren Zeitpunkt zu entscheiden. Zum damaligen Zeitpunkt lagen nur fünf Anmeldungen für die Hortgruppe vor. Inzwischen werden neun Kinder in der Hortgruppe betreut und es liegen Anmeldungen für vier weitere Kinder ab dem kommenden Schuljahr vor. Von den maximal möglichen 20 Hortplätzen wären ab dem kommenden Schuljahr somit 13 Plätze besetzt.

Sowohl das Diakonische Werk Hahn-Lehmden e.V. als auch der Schulleiter Herr Lentz wären an einer Fortführung der Hortgruppe in den Räumen der Grundschule interessiert.

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel sind im Haushaltsplan 2013 beim Zuschuss an das Diakonische Werk Hahn-Lehmden e.V. berücksichtigt.

Anlagen:

Keine.

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2013/014

freigegeben am 04.02.2013

GB 2

Sachbearbeiter/in: Herr Fritz Sundermann

Datum: 04.02.2013

Erweiterung der Kinderkrippe im Gebäude Sozialstation

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	18.02.2013	Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss
N	19.02.2013	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Schritte für die Schaffung von 20 zusätzlichen Krippenplätzen in den zur Zeit von der Sozialstation genutzten Räumlichkeiten in Rastede, Südender Straße 106, einzuleiten.

Sach- und Rechtslage:

In dem von der Sozialstation genutzten Gebäude in Rastede, Südender Straße 106, wurden mit Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 11.07.2006 (Vorlage 2006/108A) die ersten Krippenplätze in der Gemeinde Rastede geschaffen. Aufgrund des räumlichen Zuschnitts und der weiteren Mitnutzung durch die Sozialstation konnte nur der Betrieb einer Krippengruppe mit 10 Plätzen realisiert werden.

Für die Sozialstation kann festgestellt werden, dass die vorhandenen Räumlichkeiten nicht mehr in vollem Umfang benötigt werden. Gleichzeitig ist eine Erweiterung der Kinderkrippe zwar angezeigt, kann aber bei weiterem Betrieb der Sozialstation in demselben Gebäude nicht umgesetzt werden. Der Verwaltungsausschuss hat daher grundsätzlich beschlossen, von der Nutzung des Gebäudes durch die Sozialstation temporär für die Dauer des Bedarfs der Kinderkrippe abzusehen.

Die vorhandenen Räumlichkeiten sind ohne Umbauarbeiten nicht sinnvoll durch die Kinderkrippe zu nutzen. Erste Überlegungen zu einer krippengerechten Umgestaltung können der anliegenden Entwurfsskizze entnommen werden. Hierdurch wäre die Vergrößerung der vorhandenen Krippengruppe um fünf auf dann 15 Plätze sowie der Betrieb einer weiteren Krippengruppe mit ebenfalls 15 Plätzen möglich.

Finanzielle Auswirkungen:

Allein für den Umbau der jetzigen Räumlichkeiten der Sozialstation für Krippenzwecke sind geschätzt 70.000 Euro Kosten zu erwarten. Vom Landkreis Ammerland wird der Umbau von Räumlichkeiten zur Schaffung von zusätzlichen Krippenplätzen mit 1.534 Euro je neu geschaffenen Platz, maximal jedoch 30 % der Umbaukosten bezuschusst. Es ist somit ein Zuschuss von ca. 21.000 Euro zu erwarten.

In diesen Kosten ist die notwendige Herrichtung der Außenanlagen, insbesondere die Herstellung von Parkplätzen, noch nicht enthalten. Die Informationen erfolgen im Rahmen der Sitzung.

Für den laufenden Betrieb der zusätzlichen Krippenplätze sind Kosten von rd. 55.000 Euro jährlich zu erwarten.

Anlagen:

Anlage 1 – Entwurf Grundrisskizze

